

BREXITNEWS

Aktuelle Informationen zum Austritt des
Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000
Redaktion: Mathias Dubbert | E-Mail: dubbert.mathias@dihk.de | www.dihk.de

Inhaltsverzeichnis

Thema des Monats	2
Auswirkungen des Brexit auf Arzneimittelhersteller	2
Wichtige Entwicklungen	3
Infoveranstaltung "Brexit und Zoll" beim DIHK am 1. November	3
DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben: „Das Brexit-Trauerspiel geht in die nächste Runde“	3
DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier warnt vor „massiven Rechtsunsicherheiten“	3
Michel Barnier sprach beim Europäischen Parlament der Unternehmen zum Brexit.....	3
EuGH soll prüfen, ob Brexit-Antrag rückgängig gemacht werden kann.....	4
Bundesregierung startet Vorbereitungen für den Brexit im Gesellschaftsrecht.....	4
Britischer Notfallplan im Falle eines harten Brexits – Autobahn soll Parkplatz werden.....	4
Hillary Clinton: Brexit könnte größte selbst zugefügte Wunde der Geschichte werden	4
UK bereitet sich mit einem neuen Zollgesetz auf den Brexit vor	5
Zustimmung für EU steigt im Vereinigten Königreich	5
Gibraltar Brexit-Deal ist abgeschlossen	5
Singapur will Handelsabkommen mit Vereinigtem Königreich verhandeln	5
Brexit steht und fällt mit der Nordirlandfrage	6
Tausende Briten demonstrieren gegen den Brexit	6
Britische Grenzen sind nicht auf No-Deal-Brexit vorbereitet	6
Verlängerung der Übergangsphase möglich	6
Harter Brexit würde zu Ausfällen im Flugverkehr zwischen UK und Spanien führen	7
Labour Partei bereitet Anti-Austeritätsbudget vor.....	7
Britische Abgeordnete des Europäischen Parlaments müssen bald ihre Büros räumen	7
Hintergrundmaterial	8
IW-Studie: Who pays for the Brexit?	8
Santander Bank veröffentlicht Positionspapier zum Brexit	8
Britische Industrie meldet Einbußen durch Brexit.....	8
Dies und Das	9
Das Abschaffen der Zeitumstellung ist ebenfalls eine Nordirland-Frage	9
Musikstars warnen britische Regierung vor Brexit	9
Dampf ablassen: Fitnessstudio schmückt Boxsäcke mit Johnson und Juncker	9
Glückspenny mal anders: Briten bekommen Brexit-Münze	9
Volkswirtschaftliche Kennzahlen Großbritannien	10

Thema des Monats

Auswirkungen des Brexit auf Arzneimittelhersteller

Die CE-Kennzeichnung dient europäischen Verbrauchern sowohl als Qualitätsmerkmal, als auch als Zeichen der Verbrauchersicherheit. Sie ist der Nachweis, dass Güter im Einklang mit den in den europäischen Richtlinien festgelegten Sicherheit-, Umwelt- sowie Gesundheitsanforderungen hergestellt wurden. Die Zertifizierung der CE-Kennzeichnung betrifft dabei eine Vielzahl von Sektoren und ist abhängig vom Grad der Sensibilität des entsprechenden Produkts. Während für manche Güter eine Konformitätserklärung durch den Hersteller zulässig ist, wird für sensible Produkte eine Konformitätsbescheinigung durch akkreditierte Prüfstellen erforderlich.

In dem Rahmen der sensiblen Güter bilden medizinische Güter einen Sonderfall. Für diese ist ausnahmslos eine von einer akkreditierten Prüfungsstelle ausgestellte Konformitätsbescheinigung vorgeschrieben. Im Rahmen des bevorstehenden Austritts des Vereinigten Königreichs gewinnt diese Anforderung an besonderer Brisanz. Für die Zertifizierung von rund der Hälfte der medizinischen Güter auf dem europäischen Markt werden in Hinblick auf Daten der Europäischen Kommission [britische Prüfungsstellen](#) genutzt. Diese verlieren nach derzeitigem Stand ab dem 30.03.2018 ihre Zulassung, ebenso wie die von britischen Stellen ausgestellten Zertifikate an Gültigkeit verlieren werden.

Hersteller medizinischer Produkte, die mit dem vom Vereinigten Königreich akkreditierten Stellen im Rahmen eines Konformitätsbewertungsverfahrens kooperiert haben, müssen ihre Produkte nach dem Brexit voraussichtlich von einer akkreditierten Stelle in einem anderen EU-Mitgliedsland zertifizieren lassen oder einen in der EU niedergelassenen Bevollmächtigten benennen, um ihre Produkte weiterhin auf dem Europäischen Binnenmarkt vertreiben zu können.

Sowohl die [EU-Kommission](#) als auch [die britische Regierung](#) haben so genannte „notices“ veröffentlicht, in denen konkrete Auswirkungen eines noch immer im Raum stehenden No-Deal-Brexit erörtert werden. Auch zu dem Thema Arzneimittel sind einige Hinweise zu finden. Führende britische Zertifizierungsstellen im Bereich von Hochrisikomedizinprodukten wie beispielsweise die British Standards Institution haben bereits eine Verlagerung ihrer Geschäfte in die Niederlande angekündigt. Dies liegt sicherlich auch an dem beschlossenen Umzug der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) von London nach Amsterdam.

Der DIHK empfiehlt eine frühzeitige Identifizierung des Ausstellers entsprechender Konformitätsbewertungen und im Fall, dass diese im Vereinigten Königreich erfolgte, eine erneute Zertifizierung durch eine EU-Stelle. Weiterhin sind Unternehmen dazu angeraten mit dem Produzenten Kontakt aufzunehmen, um sicherzustellen, dass Medizinprodukte auch in Zukunft ein Zertifikat einer solchen Stelle besitzen. Weitere Themen, auf die sich die Unternehmen vorbereiten sollten, finden Sie in der [Online-Checkliste](#) des DIHK.

Wichtige Entwicklungen

Infoveranstaltung "Brexit und Zoll" beim DIHK am 1. November

Der EU-Austritt Großbritanniens im März 2019 wirft unter anderem viele Fragen rund um zoll-technische Sachverhalte auf. Antworten gibt es – soweit bislang möglich – am 1. November beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in Berlin. Zum vorletzten Termin in der Veranstaltungsreihe "Brexit und Zoll" lädt der DIHK gemeinsam mit der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels, dem Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen sowie dem Deutschen Speditions- und Logistikverband ab 10 Uhr ins Haus der Deutschen Wirtschaft ein. Referenten aus dem Bundesministerium der Finanzen und der Generalzolldirektion erläutern dort zentrale Sachverhalte und stehen für Rückfragen zur Verfügung. Anmeldung unter www.dihk.de/brexit-und-zoll.

DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben: „Das Brexit-Trauerspiel geht in die nächste Runde“

In einer [Pressemitteilung](#) vom 15.10.2018 äußert sich der Hauptgeschäftsführer des DIHK, Martin Wansleben, enttäuscht zu den Entwicklungen der Brexit Verhandlungen. Es bestünde fortlaufend eine große Unsicherheit bei den Verhandlungen. Bei einer Einigung bliebe den Unternehmen ferner kaum ausreichend Zeit, um die Resultate in ihre Abläufe einzuarbeiten. Der DIHK arbeitet intensiv daran, die Folgen des Brexits so erträglich wie möglich zu gestalten. [Die Brexit-Checkliste des DIHK](#) dient dabei als Tool, um sich gezielt vorzubereiten.

DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier warnt vor „massiven Rechtsunsicherheiten“

Der Außenwirtschaftschef des DIHK, Volker Treier, warnt in einer [Pressemitteilung](#) am 17.10.2018 vor einem bevorstehenden handelsbezogenem Chaos im Fall eines unregulierten Brexits. Drohende Grenzkontrollen und Zollanmeldungen bilden laut Treier Grundlage für massive Rechtsunsicherheiten und belasten Unternehmen in allen Sektoren. Es ist von zusätzlichen Kosten und erhöhtem Verwaltungsaufwand auszugehen.

Michel Barnier sprach beim Europäischen Parlament der Unternehmen zum Brexit

Im Rahmen seiner Rede beim Europäischen Parlament der Unternehmen, welches gemeinsam vom Europäischen Kammerdachverband EUROCHAMBRES organisiert wurde, findet Michel Barnier am 10.10.2018 [diplomatische Worte](#) für den britischen Verhandlungspartner. Es sei klar, dass die EU dazu verpflichtet sei die territoriale Integrität und die konstitutionelle Ordnung des Vereinigten Königreichs zu achten. Weiterhin sei Mays „Chequer Plan“ hilfreich, um Konvergenzpunkte innerhalb der Verhandlungen zu identifizieren. Es sei im Interesse aller, die Entscheidung der Briten die Zollunion zu verlassen zu respektieren und einen Deal für einen geordneten Ausstieg zu verhandeln.

EuGH soll prüfen, ob Brexit-Antrag rückgängig gemacht werden kann

In Reaktion auf eine Anfrage eines schottischen Gerichts prüft der Europäische Gerichtshof, ob Großbritannien seinen Brexit-Antrag vor dem offiziellen Austrittsdatum im März 2019 noch zurücknehmen könnte. Dies teilte der EuGH am 04.10.2018 mit. Konkret geht es um das offizielle Austrittsverfahren, das im Artikel 50 des Aquis festgelegt ist. Demnach wird genau zwei Jahre nach Antrag der Austritt rechtskräftig. Aufgabe des EuGHs ist es nun festzustellen, wann und wie die Notifizierung vor Ende der Zwei-Jahres-Frist einseitig zurückgenommen werden kann.

Bundesregierung startet Vorbereitungen für den Brexit im Gesellschaftsrecht

Die Bundesregierung hat den [Entwurf](#) eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Umwandlungsgesetzes in den Bundestag eingebracht. § 122m UmwG-E will ein geordnetes Verfahren zur grenzüberschreitenden Verschmelzung auf eine deutsche Kapital- oder Personenhandels-gesellschaft für bestimmte britische Gesellschaften, die eine solche planen aber noch nicht eingeleitet bzw. durchgeführt haben, ermöglichen. Hierzu müsste der Verschmelzungsplan u. a. vor dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU oder vor dem Ablauf eines Übergangszeitraums notariell beurkundet werden. Voraussetzung ist zudem, dass der von der Bundesregierung vor einigen Wochen vorgelegte Entwurf eines Gesetzes für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union (Brexit-Übergangsgesetz – BrexitÜG, BR-Drs. [424/18](#)) vom Bundestag verabschiedet wird und in Kraft tritt. Dies wird voraussichtlich im Dezember der Fall sein.

Britischer Notfallplan im Falle eines harten Brexits – Autobahn soll Parkplatz werden

Der Stillstand innerhalb der Brexit-Verhandlungen lässt notgedrungen [die Notfallplanung](#) auf beiden Seiten voranschreiten. Ein leitender Abgeordneter der britischen Regierung bestätigte am 11.10.2018, dass erste Arbeiten an der Umwandlung einer Autobahn in Südostengland in einen Parkplatz für Lastkraftwagen begonnen haben. So möchte man ein Verkehrschaos verhindern, das durch Zoll- und Regulierungskontrollen in Dover droht. Die Autobahn wird für die Umbaumaßnahmen für mehrere Tage gesperrt.

Hillary Clinton: Brexit könnte größte selbst zugefügte Wunde der Geschichte werden

Auch auf der anderen Seite der Atlantikküste zeigt man sich in Hinblick auf den bevorstehenden Brexit besorgt. Ehemalige First-Lady und Präsidentschaftskandidatin, Hillary Clinton, [äußerte](#) sich während einer Reise am 11.10.2018 in Belfast zu den aktuellen Brexit-Verhandlungen. Der Brexit sei demnach eine der größten und unnötigsten selbstzugefügten Wunden in der modernen Geschichte. Sie sei bereits vor dem Referendum gegen einen Brexit gewesen.

UK bereitet sich mit einem neuen Zollgesetz auf den Brexit vor

Das Vereinigte Königreich bereitet sich mit einem neuen [Zollgesetz](#) auf den Ausstieg aus der EU vor. Das Gesetz wurde im Juli vom Parlament verabschiedet und erhielt am 13.09.2018 die Ausfertigung durch die Königin. Nach dem Brexit haben die Briten somit ein eigenes Zollgesetz. Der so genannte „Taxation (Cross-border Trade) Act“ (TCBTA) basiert auf dem Unionszollkodex, bietet jedoch die Möglichkeit unionsunabhängige Zollbestimmungen zu schaffen. Es geht insbesondere um die Einrichtung eines britischen Zollltarifs, die Eintarifizierung von Waren, die Gewährung von unilateralen Zollpräferenzen für Entwicklungsländer, die Quoten und Zollausssetzung sowie die Einführung von handelspolitischen Schutzmaßnahmen.

Zustimmung für EU steigt im Vereinigten Königreich

In einer aktuellen Umfrage von [Eurobarometer](#) gaben 53% der britischen Teilnehmer an, dass sie bei einem erneuten Referendum für „Remain“ stimmen würden. 35% sprachen sich dabei für „Leave“ aus, weitere 12% enthielten sich. Bei der Frage, ob es die richtige Entscheidung sei die EU zu verlassen, sagten 54% nein und 38% ja.

Gibraltar Brexit-Deal ist abgeschlossen

Das britische Überseegebiet [Gibraltar](#) im Süden von Spanien steht den Brexit-Verhandlungen nicht im Wege. Das gab der spanische Außenminister Josep Borrell am Rande des EU Ratsgipfels am 18.10.2018 bekannt. Details des Deals wurden bisher nicht öffentlich bekannt gegeben, jedoch soll es spezifische Regelungen für Pendler zwischen Spanien und Gibraltar geben. Die gemeinsame Nutzung des Gibraltar Flughafens sowie Spaniens seit Jahrhunderten gewollter Souveränitätsanspruch von Gibraltar seien nicht Bestandteil der Verhandlungen gewesen.

Singapur will Handelsabkommen mit Vereinigtem Königreich verhandeln

Der Premierminister von Singapur Lee Hsien Loong machte im Rahmen des Europa-Asien-Gipfels am 18.10.2018-19.10.2018 deutlich, dass sein Land bereit ist, mit dem Vereinigten Königreich ein [Handelsabkommen](#) abzuschließen, sobald die Brexit-Übergangsphase vorbei ist. Das Freihandelsabkommen und angegliederte Investitionsschutzabkommen zwischen Singapur und der EU wurde während des Gipfels unterzeichnet und steht kurz vor dem Inkrafttreten.

Brexit steht und fällt mit der Nordirlandfrage

Die letzte große Hürde der Brexit-Verhandlungen stellt weiterhin die [Nordirlandfrage](#) dar. Zwar hatten sich beide Seiten bereits auf den sogenannten Backstop, wonach Nordirland einen Sonderstatus erhält und in einer Zollunion mit der EU verbleibt, verständigt, jedoch will die britische Regierung dieser Lösung nun nicht mehr zustimmen. Die Staatsoberhäupter der EU27 haben beim Treffen des Europäischen Rates im Oktober klargestellt, dass der Ball nun bei den Briten liege.

Tausende Briten demonstrieren gegen den Brexit

Laut Angaben der „People’s Vote“-Kampagne versammelten sich am 20.10.2018 knapp 700.000 Menschen im Zentrum von London, um für ein [neues Referendum](#) über den Brexit zu demonstrieren. Unter den Demonstranten war unter anderem der Londoner Bürgermeister Sadiq Khan. Er forderte den britischen Bürgern durch ein erneutes Referendum das letzte Wort über den Brexit zu geben. Premierministerin May schließt ein solches Referendum weiterhin aus.

Britische Grenzen sind nicht auf No-Deal-Brexit vorbereitet

Das Aufbauen der benötigten [Infrastruktur](#) an den britischen Grenzen im Falle eines harten Brexits bis zum März nächsten Jahres stellt die britische Regierung vor eine große Herausforderung. Die Schwäche der Grenzinfrastruktur könnte von organisierten Verbrechern ausgenutzt werden und sowohl Bürger als auch Firmen würden die Auswirkungen der unzureichenden Grenzkontrollen spüren, so das National Audit Office.

Verlängerung der Übergangsphase möglich

Der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk ist zuversichtlich, dass eine [Verlängerung](#) der Übergangsphase seitens der EU möglich ist, sollte es helfen einen Deal abzuschließen. Die britische Premierministerin hatte bereits in der Vergangenheit angemahnt, dass eine längere Übergangsphase nötig sein würde.

Harter Brexit würde zu Ausfällen im Flugverkehr zwischen UK und Spanien führen

Im Falle eines harten Brexits könnten die Anzahl der Flüge zwischen dem Vereinigten Königreich und Spanien um 95% [sinken](#), so das globale Handelsorgan der Luftfahrtindustrie. Aus einem Bericht der International Air Transport Association, die weltweit 290 Fluggesellschaften vertritt, geht hervor, dass Reisen für Touristen, Unternehmen sowie Fracht maßgeblich beeinträchtigt werden. Aktuell gibt es rund 5052 wöchentliche Flüge zwischen dem Vereinigten Königreich und Spanien. Nicht nur spanische Airlines sind betroffen – in den vergangenen Wochen stellten auch andere europäische Luftfahrtgesellschaften wie [Lufthansa](#) die nachteiligen Auswirkungen des Brexits auf den Luftverkehr dar. Sollte kein Abkommen geschlossen werden verlieren EU-Luftfahrtgenehmigungen ihre Gültigkeit. In Folge dessen müssten von den Gesellschaften individuelle Genehmigungen mit dem Vereinigten Königreich ausgehandelt werden.

Labour Partei bereitet Anti-Austeritätsbudget vor

Die Labour Partei plant mit [Anti-Sparbudget](#), um Brexit Befürworter zurück zu gewinnen. Der Schattenkanzler, John McDonnell bereitet dieses Budget vor, um im Fall eines Scheiterns eines Brexit-Abkommens und möglichen Neuwahlen Wähler zu gewinnen. McDonnell betonte, er habe verstanden, warum die Menschen in sozio-ökonomisch schwächer gestellten Teilen Großbritanniens beim Referendum 2016 für Leave gestimmt hätten.

Britische Abgeordnete des Europäischen Parlaments müssen bald ihre Büros räumen

Time to say goodbye – sobald das Vereinigte Königreich am 30.03.2019 die EU verlässt, müssen auch britische Parlamentarier ihr Büro im Europäischen Parlament [räumen](#). Das teilten betroffene Parlamentarier der Zeitung „The Guardian“ mit. Weitere Details zu möglichen Übergangszahlungen, die den längsten Dienstleistenden sechsstelligen Summen bescheren könnten, wurden ebenfalls bekannt. Diese sollen vornehmlich dem Zeitraum bis zu einem Wechsel in einen neuen Job dienen.

Hintergrundmaterial

IW-Studie: Who pays for the Brexit?

Wer zahlt für den Brexit? In einer [neuen Studie](#) illustriert das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in Hinblick auf diese Frage numerisch die Auswirkungen des Austritts der Briten aus der Europäischen Union. Seit der Einführung des Europäischen Binnenmarktes im Jahr 1993 und der Einführung des Euros im Jahr 2002 seien deutsche Exporte von 12% auf 18% des BIPs angestiegen. Für Großbritannien ist Deutschland dabei der zweitgrößte Exportmarkt nach den USA. Sollte der Handel zwischen der EU und UK aufgrund eines Hard Brexits unter WTO-Regeln fallen, trägt der deutsche Exportsektor wegen der starken bilateralen Handelsbeziehungen zum Vereinigten Königreich die höchsten Gesamtkosten an WTO-Zöllen mit 3,3 Milliarden Euro.

Santander Bank veröffentlicht Positionspapier zum Brexit

Die Santander Bank hat am 28.09.2018 ein [Positionspapier](#) zum Brexit veröffentlicht. Darin fordert die spanische Bank die Vermeidung eines harten Brexits und die Bestätigung einer Übergangsfrist, um die Risiken für die Finanzstabilität zu mindern. Zu diesen Risiken zählen die Vertragskontinuität, die Übermittlung personenbezogener Daten, als auch der unerwartete Entfall der CCP-Autorisierung (Central Counterparty Clearing – Das Clearinggeschäft) durch die EU-Behörden. Santander fordert eine Übergangsphase um unnötige Kapitalanforderungen für britische Banken, oder Banken, die in Großbritannien tätig sind, zu vermeiden. Weiterhin sollen Kapitalmarktinstrumente von EU-Banken im Vereinigten Königreich anerkannt werden. Santander unterstützt ferner die schrittweise Stärkung der CCP-Infrastruktur in der EU.

Britische Industrie meldet Einbußen durch Brexit

Die Unsicherheit und Spannungen in Hinblick auf die Brexit-Verhandlungen fordern ihren Tribut. Eine Umfrage der Confederation of British Industry (CBI), ergab, dass das Vertrauen der Hersteller nach dem Brexit-Referendum erheblich zurückgegangen ist. Der Stand der Brexit-Verhandlungen führe zu einem Investitionsabbau und dem stärksten Rückgang der Auftragsbücher seit drei Jahren. Allein die Automobilproduktion für den britischen Markt ist im September im Vergleich zum Vorjahr um 19% zurückgegangen.

Dies und Das

Das Abschaffen der Zeitumstellung ist ebenfalls eine Nordirland-Frage

Sollte die Europäische Kommission [die Zeitumstellung](#) in der EU tatsächlich abschaffen und es gleichzeitig zu einem No-Deal Brexit kommen, würde wieder einmal Nordirland im Zentrum des Problems stehen. So könnte zwischen London und Dublin ein Zeitunterschied von einer Stunde entstehen. Das Vereinigte Königreich reagierte auf dieses Problem, in dem es die Notwendigkeit, die Zeitumstellung abzuschaffen, in Frage stellte, da lediglich weniger als 1% aller EU-Bürger an der Umfrage teilgenommen hatten.

Musikstars warnen britische Regierung vor Brexit

Auch die Musikindustrie zeigt sich angesichts der aktuellen Brexit-Verhandlungen beunruhigt: britische Musikstars wie Bob Geldof, Ed Sheeran, Rita Ora sowie Simon Rattle warnen vor den Auswirkungen des Brexits auf die Musikindustrie. In einem offenen Brief, der am 07.10.2018 im „Observer“ erschienen ist, illustrieren sie die Negativfolgen des Brexits auf die gesamte Musikindustrie. Der Verkauf von Konzerttickets, Urheberrecht und das Einsammeln von Lizenzgebühren sind nur einige betroffene Bereiche.

Dampf ablassen: Fitnessstudio schmückt Boxsäcke mit Johnson und Juncker

Im Auf und Ab der Brexit-Verhandlungen [verspüren](#) viele Briten das Bedürfnis Dampf abzulassen. Dies nutzt ein Londoner Fitnessstudio nun aus. Die Boxsäcke der Fitnesskette BrexFit zieren nun die Konterfeis von Johnson, Juncker und Co. Und an den Wänden hängen Zitate von May und Corbyn. Barnier und Raab wurden jedoch noch nicht gesichtet.

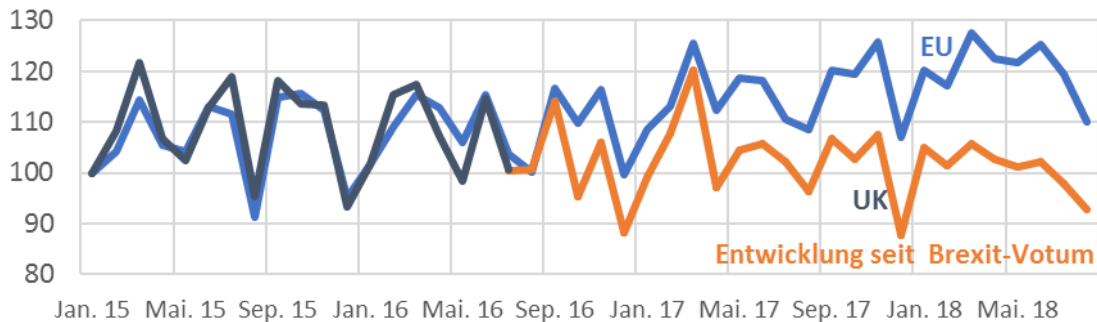
Glückspenny mal anders: Briten bekommen Brexit-Münze

Laut eines Medienberichts wird das Vereinigte Königreich pünktlich zum Brexit eine neue 50-Pence-Münze einführen. Das Geldstück soll mit der Aufschrift „Freundschaft mit allen Nationen“ und einem Porträt von Königin Elizabeth II versehen sein und sieben Ecken besitzen.

Volkswirtschaftliche Kennzahlen Großbritannien

Deutsche Ausfuhren nach Großbritannien

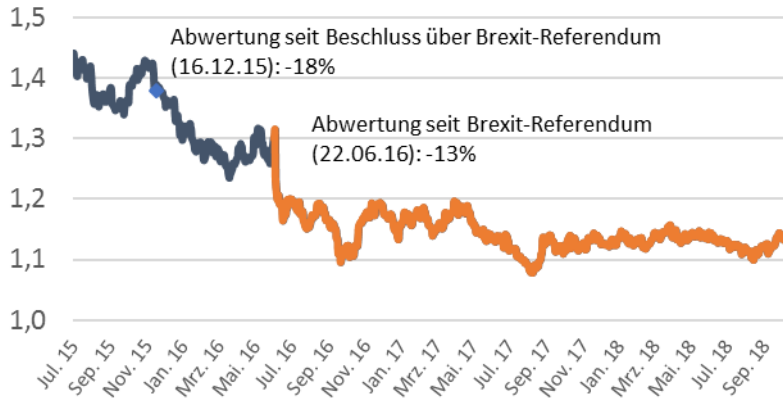
(01/15=100, Monatswerte; Quelle: [DeStatis](#), eigene Berechnungen)



DIHK-Kommentar: Der Rückgang der deutschen Exporte nach Großbritannien setzt sich fort. Die Ausfuhren fielen im von Januar bis August um 3% schwächer aus als im Vorjahreszeitraum. Für die EU ergibt sich hingegen ein Plus von 5%. Bereits in den letzten beiden Jahren waren die Exporte nach Großbritannien gesunken (2017: -1,7%, 2016: -3,5%). Dementsprechend ist Großbritannien auf der Liste der wichtigsten Handelspartner im letzten Jahr von Platz drei auf Platz fünf abgerutscht.

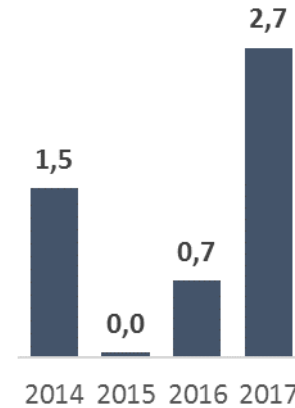
Wechselkurs Pfund - Euro

(Quelle: finanzen.net; Stand: 26.09.18)



Inflation

(Quelle: IMF)



DIHK-Kommentar: Die Unsicherheiten um den weiteren Verlauf der Brexit-Verhandlungen belasten den Pfundkurs weiterhin. Dies verteuert Importprodukte und führt zu höheren Einkaufspreisen für Unternehmen in Großbritannien sowie zu weniger Konsumspielräumen für Verbraucher. Die Inflation erreichte im letzten Jahr 2,7%. Gleichzeitig werden britische Exportprodukte günstiger und damit preislich wettbewerbsfähiger.

Bruttoinlandsprodukt Großbritannien

(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %; saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](http://officefornationalstatistics.uk); *IMF-Prognose)

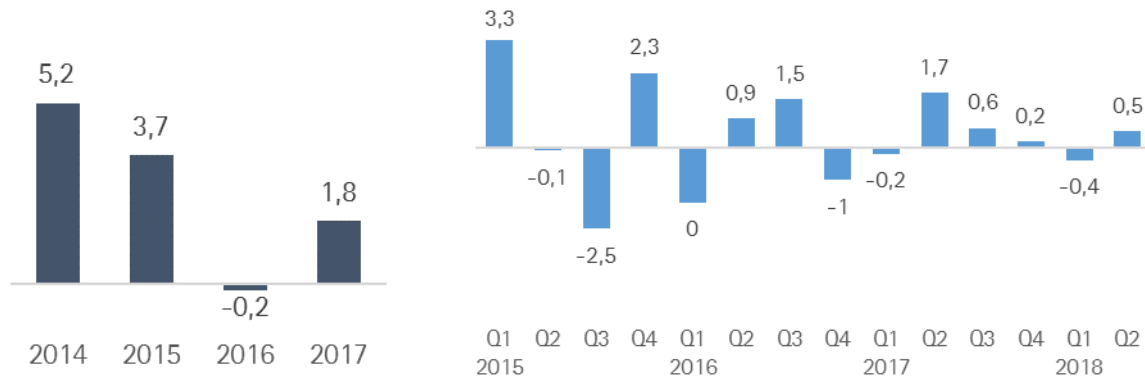


DIHK-Kommentar: Nach einem schwachen Jahresstart hat das Wachstum im zweiten Quartal wieder angezogen. Für den weiteren Jahresverlauf rechnet der IMF jedoch nur mit einem BIP-Zuwachs von 1,4%. Damit fällt das Wachstum weiter unterdurchschnittlich aus (OECD-Prognose für die EU: 2,0).

Gewerbliche Investitionen Großbritannien

(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %, saison- und preisbereinigt;

Quelle: [Office for National Statistics UK](http://www.ons.gov.uk))



DIHK-Kommentar: Die Unternehmensinvestitionen haben sich zuletzt erholt. Teilweise stellt dies vermutlich eine Gegenreaktion auf den Rückgang im ersten Quartal dar. 2017 sind die gewerblichen Investitionen weitaus schwächer gewachsen als in den Jahren vor dem Brexit (Durchschnitt 2010 - 2015: 5%). Die Unsicherheit über das unternehmerische Umfeld nach dem Brexit, dürfte Unternehmen weiterhin vorsichtig agieren lassen.

Informationen direkt aus London erhalten Sie auch auf der Homepage der [Deutsch-Britischen AHK](http://www.dahk.de).

Weitere Informationen finden Sie beim [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](http://www.bmwi.de):

Brexit-Hotline: 030-340 6065 61, E-Mail: brexit@buergerservice.bund.de

Das könnte Sie auch interessieren – DIHK Trade News:

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/trade-news>